Rechtsausschuß

Protokoll

32. Sitzung (nicht öffentlich)

16. Juni 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 14.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schreiber (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5510

Der Ausschuß billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN.

2

2 Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5202

2

Vorlage 11/2086

Zuschriften 11/2417, 11/2456, 11/2524, 11/2552, 11/2554, 11/2555,
11/2556, 11/2557, 11/2566, 11/2575, 11/2577, 11/2578, 11/2582,
11/2589, 11/2596, 11/2606

Information 11/449

unter Einbeziehung einer Elften Verordnung zur Änderung der Juristenausbildungsordnung

Vorlage 11/2023

Der Ausschuß einigt sich darauf, den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 8. September zu verabschieden.

4

zur Tagesordnung

5

Der Ausschuß verständigt sich auf Vorschlag des Vorsitzenden dahingehend, die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN betreffenden Tagesordnungspunkte, da zur Zeit kein Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN anwesend ist, erst am Ende der Sitzung aufzurufen.

3 Gewalt gegen Kinder verhindern

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 11/4292

5

Vorlagen 11/1688, 11/1847, 11/2097

Der Ausschuß billigt den Antrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. in Abwesenheit der GRÜNEN.

6

4 Dienstkleidung und Dienstkleidungszuschuß für Justizwachtmeister des Landes Nordrhein-Westfalen

Dazu trägt Justizminister Dr. Krumsiek vor.

6

5 Verfassungsgerichtliches Verfahren

Verfassungsbeschwerde des Westdeutschen Rundfunks Köln gegen

1. § 3 in Verbindung mit der in Abs. 4 genannten Anlage und § 7 des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung des Art. 2 Nr. 4 und Nr. 7 des 5. Rundfunkänderungsgesetzes vom 22. September 1992 (GVBl. S. 348 ff.),

2. Art. 5 Abs. 1 Nr. 12, 13 und 14 des 5. Rundfunkänderungsgesetzes vom 22. September 1992 (GVBl. S. 357 ff.)

1 BvR 1534/92

Vorlage 11/1914

8

Der Rechtsausschuß übernimmt die vom Hauptausschuß formulierte Vorlage 11/2186 mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung von F.D.P. und CDU bei Abwesenheit der GRÜNEN.

8

6 Verfassungsgerichtliches Verfahren

Verfassungsgerichtliche Prüfung des § 25 Abs. 5 Satz 2 1. Halbsatz des Landesbeamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst vom 31. Oktober 1989 (GVBl. NW S. 567)

- Aussetzungs- und Vorlagebeschluß des Verwaltungsgerichts Arnsberg vom 13. Januar 1993 (2 K 1447/92)-

2 BvL 14/93

Vorlage 11/2138

9

Der Ausschuß schließt sich mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN dem Antrag der **Abgeordneten Morawietz (SPD)** an, sich auf die Stellungnahme 11/5039 zu beziehen.

9

7 Streichung des § 166 StGB

Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5326

9

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN und bei Enthaltung des Abgeordneten Reinhard (SPD) abgelehnt.

10

8 Gesetz über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (Umweltinformations- und Akteneinsichtsrechtsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - UAG NW)

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5387

10

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN abgelehnt.

10

9 Den Teufelskreis durchbrechen - für eine neue Drogenpolitik in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/3799

10

Vorlage 11/2053

Der Vorsitzende faßt das Ergebnis der kurzen Diskussion so zusammen, daß die Beratung fortgesetzt werden soll, wenn die Fraktionssprecher wünschen, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

10

10 Verschiedenes**a) Einreichen von Anträgen betreffend die Tagesordnung**

(siehe Diskussionsprotokoll)

11

b) Wechsel im Ausschußassistentendienst

(siehe Diskussionsprotokoll)

11

c) Geiselnahme am 3. Juni dieses Jahres

Auf Wunsch der Abgeordneten Morawietz (SPD) berichtet
Justizminister Dr. Krumsiek zu zwei Vorfällen.

11

- - - - -

Aus der Diskussion

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5510

Für die CDU-Fraktion kritisieren **Abgeordnete Robels-Fröhlich** und **Abgeordneter Diegel**, daß der Komplex "Asyl" im Nachtragshaushalt, obwohl die zu ziehenden Konsequenzen längst bekannt gewesen seien, keinen Niederschlag finde:

Nach Expertenmeinung betrage der Bedarf an zusätzlichen Verwaltungsrichterstellen infolge der neuen Asylrechtsgesetzgebung bundesweit 500, auf NRW bezogen ca. 100 plus des entsprechenden Unterbaus;

was die Zahl der Abschiebehaftplätze betreffe, so sei sie mit 400 viel zu gering: Notwendig wären 1 500.

Zu beiden Komplexen werde die Fraktion zur zweiten Lesung möglicherweise Anträge einbringen.

Justizminister Dr. Krumsiek erläutert, nach Auffassung der Landesregierung habe der Nachtragshaushalt zwei Komponente umfassen sollen: die Auswirkungen der Arbeitsergebnisse der Gruppe "Kahlenberg" und die sich aus dem letzten Besoldungsänderungs- und -anpassungsgesetz ergebenden Besoldungserhöhungen aufzufangen.

Das von der CDU-Fraktion nunmehr Vorgetragene habe er, Krumsiek, in die Kabinettsberatungen eingebracht, doch gelte es zu beachten, daß es sich bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit um eine relativ kleine mit nur rd. 460 Richtern handele, die

wegen der Entwicklung der Asylverfahren 1991 und 1992 eine Aufstockung um 65 Richterstellen und damit etwa 15 % erfahren habe. Dies bedeute eine Vorwegnahme der Konsequenzen, die andere Bundesländer erst im Haushalt 1993 aus dem Inkrafttreten der neuen Asylverfahrensgesetze gezogen hätten. Wenngleich er nicht behaupten wolle, daß die Verwaltungsgerichtsbarkeit damit in den Stand versetzt worden sei, die vorgegebenen Fristen einzuhalten, müsse er dem Finanzminister zugestehen, angesichts eines erst in 14 Tagen wirksam werdenden Gesetzes keine präzise Quantifizierung für einen Nachtragshaushalt habe vornehmen zu können.

Bezüglich der Abschiebehaftplätze habe er immer angekündigt, daß Nordrhein-Westfalen 600 im Rahmen der Vollzugsanstalten schaffen werde. Dafür sehe der Nachtragshaushalt die Entsperrung von weiteren 150 zusätzlich zu den im Haushalt 1993 schon entsperrten 50 Stellen vor.

Der **Ausschuß** billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN.

2 Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5202

Vorlage 11/2086

Zuschriften 11/2417, 11/2456, 11/2524, 11/2552, 11/2554, 11/2555, 11/2556,
11/2557, 11/2566, 11/2575, 11/2577, 11/2578, 11/2582, 11/2589, 11/2596,
11/2606

Information 11/449

unter Einbeziehung einer Elften Verordnung zur Änderung der Juristenausbildungsordnung

Vorlage 11/2023